BESCHLUSS

Zweigeschlechtlichkeit überwinden, Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigte Teilhabe für trans*, inter* und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.11.2019
Tagesordnungspunkt:	S Satzung und Statute

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans*, inter* und nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten Option ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre Menschenrechte noch immer verletzt werden.

Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die Anerkennung der Elternschaft von trans* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung und Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -anpassenden Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der Weg in ein Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann oder Frau sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden kann. Es bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!

Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer zu lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht nur inter* Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht
- Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
- Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/PÄ), die als kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
- Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung
- Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt
- Zertifizierte Beratungsstellen
- Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten & Dokumenten
- Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -anpassenden Operationenan intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern
- Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in Deutschland
- Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren Menschenrechte verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
- Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen
- Ein pädogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans*, inter* und nicht-binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg*innen & Angestellten
- Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung spezifischer trans*, inter* und nicht-binärer Beratung
- Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft und Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

Das machen wir als Grüne Partei:

Auch für uns als Partei ist klar, dass trans*, inter* und nicht-binäre Personen mehr Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil Grüner Programmatik.
Wir GRÜNE wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine gleichberechtigte Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu wollen wir alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.

Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist, unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem

Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die Berücksichtigung von trans*, inter* und nicht-binäre Menschen zu stärken.

In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überarbeitet werden, so dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt werden und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei auf den Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen. Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle Menschen berücksichtigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das Geschlechterspektrum (cis* Frauen, cis* Männer, trans* Frauen, trans* Männer, intergeschlechtliche Menschen, nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als Grundlage ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch, wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung ab. Die Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht, ein positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln. Weiter fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch auf Landes-
und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.